



Sitzungsvorlage Gemeinderat am 23. September 2024

4. Anschluss an Kläranlage Schwäbisch Gmünd

Sachverhalt:

Am 13. August 2024 ist der Zuwendungsbescheid nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft zum Anschluss der Kläranlage Iggingen an die Sammelkläranlage Zollerwiesen der Stadt Schwäbisch Gmünd für den ersten Funktionsabschnitt eingegangen. Insgesamt wird die Maßnahme zu 80 % gefördert und hat ein Fördervolumen von 3.231.600 Euro. Herr Strobel vom Ingenieurbüro Strobel wird die Maßnahme nochmals kurz vorstellen. Im nächsten Schritt soll die Maßnahme nun ausgeschrieben werden, damit die Vergabe im Dezember 2024 erfolgen kann.

Beschlussvorschlag:

Die Ausschreibung des ersten Funktionsabschnitts soll in der Sitzung beraten und beschlossen werden.

5. Bebauungsplan „Sondergebiet Lachenfälle“ -Abwägung der frühzeitigen Beteiligung

Sachverhalt:

Da die bestehende Teilfläche im Geltungsbereich im rechtskräftigen Bebauungsplan als eingeschränktes Gewerbegebiet ausgewiesen ist und der Markt nun aufgrund der Erweiterung eine Großflächigkeit erreicht, muss die festgesetzte Nutzung aufgrund der Erweiterung des bestehenden Edeka-Marktes zu einem Sondergebiet geändert werden.

Aufgrund der Lage des großflächigen Einzelhandelsmarktes, welcher das Integrationsgebot nicht einhält, da keine Wohnbebauung angrenzt, ist ein Zielabweichungsverfahren notwendig. Dieses wurde bereits angestoßen. Zur weiteren Bearbeitung des Zielabweichungsverfahrens benötigt das Regierungspräsidium Stuttgart die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen.

Friedrich Hampel vom Büro LK&P wird in der Sitzung die Abwägungsvorschläge der frühzeitigen Beteiligung zum Bebauungsplan „Sondergebiet Lachenfälle“ erläutern (**Anlage 1**).

Beschlussvorschlag:

Dem Abwägungsvorschlag der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der Abwägungstabelle vom 10.09.2024 wird zugestimmt.

6. Kanalsanierungskonzept – Beschluss zur Ausschreibung

Sachverhalt:

Das im Jahr 2022 beschlossene Kanalsanierungskonzept (**Anlage 2**) wird in der Sitzung von Stefan Nothdurft vom Büro LK&P vorgestellt.

Beschlussvorschlag:

Beratung / Diskussion / Kenntnisnahme

7. Finanzzwischenbericht

Sachverhalt:

Der Finanzzwischenbericht von Kämmerer Stefan Schürle liegt als **Anlage 3** bei. Der Finanzzwischenbericht wird in der Sitzung vom Kämmerer erläutert.

Beschlussvorschlag:

Beratung / Diskussion / Kenntnisnahme

8. Bestellung eines Vertreters und Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Breitband Ostalb KAÖR

Sachverhalt:

Bisher waren der Ostalbkreis und seine Kommunen Beteiligte bei Komm.Pakt.Net. Die Verpachtung und Verwaltung der Breitbandinfrastruktur war bisher die Aufgabe von Komm.Pakt.Net. Diese Kommunalanstalt öffentlichen Rechts wurde zum 30.06.2024 aufgelöst.

Die Kommunen des Ostalbkreises haben gemeinsam mit dem Landkreis am 30.04.2024 beschlossen, zum 1. Juli 2024 die Breitband Ostalb KAÖR zu gründen, um die Rechtsnachfolge für die Pachtverträge und den Netzbetriebsvertrag sicherzustellen. Die Änderungsvereinbarung zum Netzbetriebsvertrag wurde mit der NetCom BW bereits unterschrieben. Die Breitband Ostalb KAÖR hat ihren Sitz in Aalen.

Organe der Kommunalanstalt öffentlichen Rechts sind der Verwaltungsrat und der Vorstand. Vorstand ist Bürgermeister a.D. Manfred Fischer. Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, Landrat Dr. Joachim Bläse, dem stellvertretenden Vorsitzenden, Bürgermeister Stefan Jenninger und den Vertretern der 42 Kommunen.

Der Verwaltungsrat der Komm.Pakt.Net ist in der Regel einmal im Jahr zusammengekommen. Da die Breitband Ostalb KAÖR neu gegründet wurde, ist es vorstellbar, dass anfangs nicht nur eine Sitzung pro Jahr stattfindet. Die Aufgaben des Verwaltungsrats sind die Beratung, Förderung und Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes und der Beschluss von Satzungsänderungen. Der Vertreter sowie der Stellvertreter müssen gemäß der Satzung durch den Gemeinderat der Mitgliedskommune bestellt werden.

Als Vertreter stellt sich Bürgermeister Tobias Feldmeyer zur Verfügung. Die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat endet mit der Amtszeit als Bürgermeister bei der Gemeinde Iggingen.

Als Stellvertreterin wird Uta Haering vorgeschlagen. Die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat endet mit dem Ausscheiden als Mitarbeiterin bei der Gemeindeverwaltung.

Beschlussvorschlag:

Als Vertreter für die Gemeinde Iggingen wird Bürgermeister Tobias Feldmeyer bestellt, Uta Haering von der Gemeindeverwaltung wird dessen Stellvertreterin.

9. Verschiedenes

Flüchtlinge

Im August hat die Gemeinde weitere fünf ukrainische Flüchtlinge aufgenommen und hierfür Wohnraum in Brainkofen angemietet. Für die kurzfristig erforderlich gewordenen Malerarbeiten sind Kosten in Höhe von 6.059,59 Euro angefallen.

Aktuell sind in der Gemeinde 28 ukrainische Flüchtlinge untergebracht. Für das Jahr 2024 besteht noch eine Aufnahmeverpflichtung für weitere vier ukrainische Flüchtlinge sowie zwei Asylbewerber.

Thema Verkehr – Verkehrsschau am 20. November